

Werden erneuerbare Energien von der Politik sabotiert?

MARTHALEN Der Bundesrat möchte trotz Volksentscheid für den Atomausstieg den Weg für neue Kernkraftwerke ebnen. Nils Epprecht zeigte auf, dass dies ein Bumerang für Versorgungssicherheit und Klimaschutz werden kann.

DENNIS ROGGE

Die Energiedebatte ist heutzutage ein hitziges Stammtischthema, in einem der wohl heissesten Jahre seit Beginn der Aufzeichnungen. Fast schon ironisch, dass Nils Epprecht an der gut besuchten Jahresversammlung von «Klar! Schweiz» seine Präsentation über die Sabotage der erneuerbaren Energien in der gefüllten Feuerwehration Marthalen hielt. Der studierte Umweltwissenschaftler ist Geschäftsleiter der Schweizerischen Energie-Stiftung (SES) und vertritt die Meinung, dass wir in der Schweiz keine neuen AKW brauchen.

Die Blackout-Initiative und der Gegenvorschlag von Bundesrat Albert Rösti wollten das AKW-Neubauverbot im Kernenergiegesetz streichen und würden demnächst im Parlament verhandelt. In erster Linie würden sie damit aber den Ausbau der erneuerbaren Energien, insbesondere der Solar- und Windenergie, aber auch der Wasserkraft, sabotieren. Entscheidend sei die wichtige Rolle des Bundes in der Energiepolitik. Durch seine Förderpolitik sei er massgeblich dafür verantwortlich, von welcher Technologie wie viel ausgebaut werde. Momentan würden praktisch weltweit keine neuen Produktionsanlagen gebaut, ohne dass die Staaten finanzielle Anreize setzen würden. Doch während bei Aufdachanlagen in der Schweiz der Bund für nur rund 15 Prozent der Kosten aufkomme, gebe es weltweit kein neues Atomkraftwerk, das nicht zu 100 Prozent staatlich finanziert sei. Ausgehend vom Fakt, dass der Bund den Franken nur einmal ausgeben könne, widerlegte Nils Epprecht die Argumente der AKW-Befürworter, Atomstrom stärke den Klimaschutz, und die Versorgungssicherheit und würde für bezahlbaren Strom sorgen.

AKW-Strom wird seit dem beschlossenen Ausstieg aus der Atomkraft und den darauffolgenden geopolitischen Spannungen, die den Energiemarkt beeinflusst haben, wieder positiver dargestellt als 2011 nach der Katastrophe von Fukushima. Laut Nils Epprecht argumentieren AKW-Befürworter, dass der produzierte Strom grün und bezahlbar sei. AKW ermöglichten es, bei jedem Wetter und zu jeder Tageszeit auf verhältnismässig geringer Fläche ausreichend Strom zu produzieren. Zudem würden Atomkraftwerke die Schweiz in ihrer Unabhängigkeit bezüglich der Energie stärken. Die Versorgungssicherheit solle gegeben sein trotz dem Ziel der Klimaneutralität bis 2050.

Ursprünglich sollte der Atomausstieg etappenweise stattfinden (phase out). Mit erneuerbaren Energien wie Wind, Sonne und Wasserkraft sei laut Nils Epprecht ein grosser Teil des Energieverbrauchs abgedeckt. Energiespeicher seien die wahre Herausforderung. Denn produzieren lasse sich Energie einfacher als abrufbar speichern.

Hin und Her statt Sicherheit

Nils Epprecht zeigte, dass der Gegenvorschlag von Albert Rösti zur Blackout-Initiative vor allem zusätzliche Unsicherheit in den Strommarkt bringen würde, was der Planungssicherheit und damit der Versorgungssicherheit abträglich sei. Um den mit dem Stromgesetz verabschiedeten Zielwert von 35 000 GWh pro Jahr bis 2035 aus erneuerbaren Energien zu erreichen, sei eine maximale Fokussierung nötig und kein verspäteter Strategiewechsel. Wichtig für die Versorgungssicherheit seien insbesondere eine Diversifizierung unter den erneuerbaren Energien, Anreize für einen sparsamen Stromverbrauch, falls nötig Reservekraftwerke und möglichst viel Klarheit, bis wann aus den bestehenden fossilen und nuklearen Energiequellen ausgestiegen werden solle.

Heute speisen noch die Kernkraftwerke Beznau, Gösgen und Leibstadt Energie ins Stromnetz ein. Mühleberg wurde bereits 2019 abgeschaltet. Die restlichen Atomkraftwerke laufen, so



Nils Epprecht ist studierter Umweltwissenschaftler und Geschäftsleiter der Schweizerischen Energie-Stiftung. Er vertritt die Meinung, dass wir in der Schweiz keine neuen Atomkraftwerke brauchen. Bilder: dro

lange sie von der Aufsichtsbehörde als sicher eingestuft werden.

Unabhängigkeit gab es nie

Ebenfalls von grosser Relevanz für ausreichend Energie ist das angedachte Stromabkommen mit der EU. Die Rahmenverträge sichern die Schweiz einerseits energietechnisch ab, schaffen andererseits aber auch Abhängigkeiten. Laut Nils Epprecht sehe die Lage ohne das Stromabkommen sehr eng aus. Laut dem Bundesamt für Energie ist die Versorgung der Schweiz zu über 70 Prozent vom Import abhängig. Unabhängigkeit bleibt damit ein politisches Schlagwort und bildet nicht die Realität ab – damals wie heute.

Die Schweizer Bevölkerung hat Ziele festgelegt. Ziele, die sich gegenseitig im Weg stehen. Sowohl das fossile als auch das nukleare Phase out können nur durchgeführt werden, wenn die nötigen erneuerbaren Energien rechtzeitig bereitgestellt sind. Doch auch diese Energieträger haben Nachteile. So erzählte eine Anwesende von ihrer Sorge in Bezug auf die Ausbeutung von wirtschaftlich schwächeren Staaten, um unsere ei-

gene Energieversorgung zu diversifizieren. Die Förderung seltener Erden und Minerale, die für den Bau erneuerbarer Energien unerlässlich sind, bringt gesellschaftliche und umwelttechnische Probleme mit sich. Diese Probleme sieht auch Nils Epprecht. Dennoch vertritt er die Meinung, dass die Konsequenzen der globalen Klimakrise, die durch einen ausgebreiteten Ausbau der erneuerbaren Energien befeuert werden könnten, grösser seien als die Probleme beim Abbau von Rohstoffen zur Gewinnung von erneuerbaren Energien. Gefragt wurde Nils Epprecht auch nach den grössten Energieverbrauchern in der Schweiz gefragt. Laut dem Fachspezialisten seien dies der Verkehr und die Haushalte.

Gerade in Bezug auf die Energiedebatten im Weinland lässt sich fragen: Will man nicht doch lieber ein paar Windräder in der Landschaft haben, anstatt sich weiter mit der Entsorgung von Atommüll oder der Gefahr irreversibler und potenziell radioaktiver Schäden befassen zu müssen? Währenddessen könnte die AKW-Lobby erklären, worin die Unabhängigkeit dabei liege, Uran im Ausland beziehen zu müssen.

Altikon verkleinert Gemeinderat

ALTIKON Die Gemeinde Altikon will die Zahl der Gemeinderatsmitglieder von sechs auf fünf reduzieren. Die Stimmberechtigten entscheiden am 28. September über eine entsprechende Teilrevision der Gemeindeordnung.

Der aktuell sechsköpfige Gemeinderat sei operativ zu sehr ausgelastet, heisst es aus der Gemeindeverwaltung Altikon. Die gerade Mitgliederzahl habe sich ebenfalls als unpraktisch erwiesen, weil es bei vergangenen Abstimmungen wiederholt zu Stimmengleichheit gekommen sei – jeweils mit Stichentscheid der Gemeindepräsidentin Sandra Reinli. Die ungerade Zahl soll künftig für klarere Entscheide sorgen. Durch Enthaltung kann zwar weiterhin Stimmengleichheit entstehen, aber es soll weniger häufig vorkommen. Der gesamte neu fünfköpfige Gemeinderat soll dann in der Wahlphase 2026 gewählt werden.

Zudem soll der Gemeinderat entlastet werden und vermehrt auf strategische Aufgaben fokussieren. Operative Tätigkeiten – etwa die Verwaltung von Liegenschaften – übernehmen vermehrt die Angestellten der Gemeindeverwaltung. Die Gemeinde möchte zudem eine weitere Verwaltungsstelle für Sachbearbeitung in der Finanzverwaltung und für Sekretariatsarbeiten mit 60 bis 70 Stellenprozenten besetzen. Weitere 20 Stellenprozente wird der/die neue Sachbearbeiter/-in für die Finanzverwaltung der Gemeinde Dinhard übernehmen. Die Verantwortung für die Finanzverwaltungen von Dinhard und Altikon liegt bei der Gemeinde Dinhard. In einem Zusammenarbeitsvertrag haben die Gemeinden die offizielle Aufteilung und jeweilige Aufwände festgelegt.

Aus Gründen der Transparenz und Rechtmässigkeit hat ein externer Dienstleister die Revision der Gemeindeordnung begleitet. Die Schulpflege hat der Änderung bereits zugestimmt. Fest steht, dass weiterhin die Schulpflege einen Posten im Gemeinderat besetzen wird. Welche Ressorts künftig wegfallen oder neu verteilt werden, steht noch nicht fest. Für die Teilrevision wurde ein Kredit von 8864 Franken bewilligt. (dro)

SONNTAGSGEDANKEN

Der Weg zur Sitzung



Ich schreibe diese Gedanken an einem Mittwoch, an dem ich zu einer Sitzung nach Zürich fahre. Noch zu Hause lese ich in den Nachrichten, dass die israelischen Angriffe auf den Iran auf amerikanisches Drängen hin aufgehört haben und dass ein Zuger Treuhänder seit Jahren Singles auf Partnersuche ausnimmt. Dann gehe ich aus dem Haus.

Im Bus mache ich einer Frau Platz, die schimpfend zur Kenntnis nimmt, dass ihr Lieblingsplatz von mir besetzt worden ist. Beim Bahnhof nehme ich eine Gratiszeitung aus dem Kasten. Ich gehöre zur Minderheit, die sich gleich mit der zuoberst liegenden Zeitung zufriedengibt. Meistens beobachte ich,

dass das Blättchen von irgendwo zwischendrin herausgezupft wird.

Im Zug frage ich mich, wieso sich die Menschen so verhalten. Das Internet gibt mir die folgende Auskunft, die ich mir auch selbst hätte ausdenken können: Es gibt viele Menschen, die mit einer Zeitung Keime, Bakterien oder Schmutz assoziieren. Andere Menschen haben eine grundsätzliche Abneigung gegen Gebrautes. Beide Gruppen von Menschen befürchten, dass die obersten Zeitungen solche sein könnten, die nach der Lektüre in den Kasten zurückgelegt worden sind, dass sie also gebraucht oder verunreinigt sein könnten. Aus diesem Grund ziehen sie eine Zeitung aus der Mitte heraus, von der sie annehmen, sie sei unverschmutzt und ungebraucht.

Ich gehe zu Fuss durch Zürich. Hinter mir höre ich, wie ein Mann mit lauter Stimme und fremdländischem Ak-

zent zu seinem Begleiter sagt: «Ich kann meiner Frau wirklich zu 100 Prozent vertrauen, ich muss nie überlegen, was sie gerade macht.»

Die Sitzung beginnt mit einer Andacht, in der ich meinen Körper und mein Inneres wahrnehmen soll. Ich nehme eine grosse Freude wahr, es singt und jubelt in mir. Der Kindergottesdienst vom Vorabend kommt mir in den Sinn, die leuchtenden Augen der Kinder beim Singen der Lieder und bei den gemeinsamen Bewegungen dazu.

In der Sitzung wird überlegt, wie die Kirche noch besser für die Menschen da sein kann. Es wird offen kommuniziert, ohne Gehabe, engagiert und kompetent. Die Kirche möchte der Gesellschaft eine verlässliche Partnerin sein und sich dort engagieren, wo es am meisten bringt.

Liebe, Vertrauen und Freude, dafür steht der christliche Glaube. Die Liebe ist Mitgefühl mit Menschen, die unter

einem Krieg leiden oder die von einem Treuhänder betrogen worden sind. Die Liebe ist Verständnis für eine Frau, die im Leben zu kurz zu kommen glaubt, wenn sie im Bus nicht auf ihrem Lieblingsplatz sitzen kann. Die Liebe möchte die Kirche so gestalten, dass sie den Menschen dient. Das Vertrauen verlässt sich auf den von Gott geschenkten Körper und seine Abwehrkräfte. Es vertraut sich einem anderen Menschen an im Bewusstsein, dass man sich auf keinen Menschen zu 100 Prozent verlassen kann. Die Freude schliesslich ist eine Energie, die von innen nach aussen strömt. «Wer an mich glaubt», sagt Jesus im Johannes Evangelium, «aus dessen Leib werden, wie die Schrift sagt, Ströme lebendigen Wassers fliessen» (Kapitel 7, Vers 38).

Andreas Werder
Pfarrer in Dorf

Anzeige



**10%
Rabatt**

Reisemobil mieten
zum All-inclusive-Preis



tartaruga.ch

Rabatt gegen Vorweisen dieses Inserats, gültig für Mieten bis Ende Oktober 2025, nicht kumulierbar mit anderen Rabatten.